

Neues aus Hannover

Brigitte Somfleth, SPD-Landtagsabgeordnete

Mai 2009



Brigitte Somfleth
Buchenhain 34
21217 Seevetal
Fax: 040 768 99 416
Tel.: 040 768 71 34
Brigitte.Somfleth@t-online.de

Für Fragen
oder Anregungen
wendet Euch
gerne an
mich oder
meine Wahlkreisbüro-
Mitarbeiterin:



Elke Schönau

Text und Layout: J. Gotthardt

In dieser Ausgabe findet Ihr Artikel zu diesen Themen

Bildungspolitik in Nds.	2
Konjunkturpaket II	3
Gesamtschulen	3
Lehrernachwuchs	4
Asse II	4
Volle Halbtagsgrundschule	5
Bericht vom EU-Projekttag	5
Veranstaltungsbericht: Flexible Eingangsstufe	6
Weitere Meldungen	7
Veranstaltungsbericht: Ganztagsschule	8

Liebe Genossinnen und Genossen,

dieser Rundbrief erscheint in einer Zeit, in der es in Niedersachsen bildungspolitisch so hoch her geht wie lange nicht. Deshalb werde ich mich auf den folgenden Seiten ausführlich diesem wichtigen Thema widmen: Der Bildungspolitik. Nicht zuletzt, weil die SPD die Bildungspartei in Niedersachsen ist, die endlich wieder unter Beweis stellen kann, dass sie die sozialeren und leistungsstärkeren Bildungskonzepte vorzeigen kann.

Die CDU/FDP-Landesregierung steht im Begriff, Bildung komplett gegen die Wand zu fahren - ohne Rücksicht auf Verluste, ohne Rücksicht auf betroffene Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer - und ja, sogar ohne Rücksicht auf die Interessen der eigenen Parteibasis, die sich z.B. auch gegen die Abschaffung der Vollen Halbtagsgrundschule wehrt. Genau dies aber - und noch viel weiter reichende bildungspolitische Maßnahmen - plant die Landesregierung.

Außerdem müssen wir in diesem Sommer den Blick über Niedersachsen hinaus richten, denn 2009 ist das Jahr der Wahlen. Für die Wahl zur Bundespräsidentin im Mai unterstützen wir nach Kräften unsere Kandidatin Gesine Schwan. Die vermeintlich sichere Wiederwahl des CDU-Kandidaten bröckelt durch zahlreiche Pleiten verschiedener Unions-Landesregierungen - so verlor die CSU in Bayern ihre Stimmen an die „Freien Wähler“ und die CDU in Sachsen entsendet weniger Mitglieder in die Bundesversammlung als zu erwarten war - vermutlich, weil die CDU-Abgeordneten mit den Stimmzetteln nicht zurecht kamen und

deshalb ungültige Stimmen abgaben. Der 23. Mai wird also spannend!

Viel mehr bewegen können wir als SPD-Mitglieder vor Ort noch für die Europawahl am 7. Juni und natürlich die bevorstehenden Bundestagswahl am 27. September. Leider wird von der Europawahl weit weniger Notiz genommen als es der Bedeutung des Europaparlaments gerecht würde. Denn immer mehr politische Entscheidungen werden längst in Brüssel und Straßburg gefällt. Dies muss im Wahlkampf den Wählerinnen und Wählern stärker ins Bewusstsein gerufen werden. Deshalb habe ich auch während des EU-Projekttags am 9. März an einer Diskussionsveranstaltung im Gymnasium Neu Wulmstorf teilgenommen.

Die Bundestagswahl 2009 wird unter dem Eindruck der derzeitigen weltweiten Wirtschaftskrise stehen. Die Menschen fürchten um ihre Zukunftsperspektive. Es ist daher Aufgabe der Politik, den Wählerinnen und Wählern diese Zukunftsperspektive wieder zu bieten. Es ist aber auch Aufgabe der Politik, bei aller aktueller Problematik den Blick aufs Ganze nicht zu verlieren. Das bedeutet, dass wir weiterhin die Klimaschutzziele verfolgen, noch mehr Geld in Bildung investieren und den Sozialstaat stärken müssen statt ihn auszuhöhlen. Es ist meine tiefste Überzeugung, dass wir genau mit diesen Maßnahmen schließlich auch die Wirtschaftskrise durchstehen können und im Aufschwung dann wieder gut dastehen! Das gilt es, im Bundestagswahlkampf eindrücklich zu vermitteln!

Eure

Bildungspolitik in Niedersachsen: CDU und FDP völlig orientierungslos

In Niedersachsen steht zur Zeit ein politisches Thema im absoluten Mittelpunkt: Die Bildungspolitik. Auf Grund der Unfähigkeit von Kultusministerin Heister-Neumann müssen wir leider feststellen: Bildungspolitisch brennt es in Niedersachsen an allen Ecken und Enden. Die CDU/FDP-Landesregierung hat jedoch keine Ideen um wenigstens das drängendste Problem zu lösen, nämlich die Sicherung der Unterrichtsversorgung an Niedersachsens Schulen. Stattdessen zerrt sie an einem Flickenteppich herum und reißt dabei noch neue Löcher hinein. Ein deutlicher Beleg dafür ist der Kabinettsbeschluss vom 24. Februar unter dem Motto „Bildungsland Niedersachsen - Erfolge und Herausforderungen der Landesregierung“.

Die Landesregierung feiert sich in dieser „Konzept“-Vorlage mit angeblichen Erfolgen in der Vergangenheit und plant Veränderungen in der Schullandschaft, die all diejenigen in helles Entsetzen stürzen, die seit Jahren an Bildungspolitik oder pädagogischer Arbeit beteiligt sind. Mit Schrecken habe ich die Pläne zur Kenntnis genommen, dass in Niedersachsen unter anderem die Vollen Halbtagsgrundschulen abgeschafft (s. auch S. 5) und den Gesamtschulen das 12-jährige „Turbo“-Abitur aufgezwungen werden soll.

Genauso absurd und geradezu gefährlich sind die Pläne, Hauptschülerinnen und Hauptschüler der Klassen 9 und 10 ab Schuljahresbeginn 2011 an zwei Tagen in der Woche an Berufsbildenden Schulen zu unterrichten. Viele Kritiker sehen dadurch den Status als Allgemeinbildende Schule gefährdet und befürchten, dass den Schülerinnen und Schülern damit eine berufliche Vorentscheidung bereits in der 8. Klasse abverlangt wird. So wird der Übergang zu höheren Schulabschlüssen erschwert oder gar verbaut. Fachleute aus den Schulen weisen darauf hin, dass durch die Umstrukturierungen die Abschlüsse gefährdet sein würden, weil sowohl die Allgemeinbildung als auch die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler zu kurz käme. Auch der Vermittlung von sozialen Kompetenzen könnte nicht mehr genug Zeit eingeräumt werden.

Man muss sich wirklich fragen, ob der Kultusministerin auch nur im mindestens bewusst ist, welche weit reichenden fatalen Folgen dies für viele junge Menschen in unserem Land hat! Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft wirft der Landesregierung vor, mit diesen Ideen zur Weiterentwicklung zur Schulstruktur keine der anstehenden Probleme

zu lösen.

Das drängendste Problem, die Sicherung der Unterrichtsversorgung, geht die Landesregierung mit Maßnahmen an, die mich den Kopf schütteln lassen. Denn seit Jahren ist bekannt, dass Niedersachsen dringend 2000 zusätzliche Lehrerstellen braucht um die Unterrichtsversorgung zu sichern. Doch die Landesregierung akzeptiert den Mangel nur mit jahrelanger Verzögerung und ergreift nur halbherzige Maßnahmen. So werden zwar die Zahl der Plätze in den Studienseminaren für Referendare erhöht, aber in einem Umfang, der völlig unzureichend ist. Fakt bleibt: Das Land Niedersachsen hat keine hinreichende Vorsorge für die Ausbildung des dringend benötigten Nachwuchses getroffen (s. auch S. 4). So wird die berufliche Perspektive der jungen Menschen in Niedersachsen sogar noch verschlechtert!

Die Landesregierung versteckt sich hinter vage geschätzten Zahlen und glaubt, die sinkende Schülerzahl werde ab 2011 schon alles richten. Bis dahin sollten Lehrerinnen und Lehrer einfach durchhalten, weniger Anträge auf Teilzeit stellen und am besten noch freiwillig ungeachtet des Pensionsalters ein paar Jahre Schuldienst hinten dran hängen. Dabei weiß jede und jeder, der Kontakt zu den Schulen vor Ort hat, dass Lehrkräfte Teilzeit oder frühzeitigen Ruhestand gerade deshalb beantragen müssen, weil die

Arbeitsbelastungen viel zu hoch sind. Da das Vertrauen der Lehrerinnen und Lehrer in diese Landesregierung durch das Verhalten der Kultusministerin schon lange gestört ist, haben ihre Durchhalteparolen geradezu Bedrohliches an sich. Wem Frau Heister-Neumann verspricht, in zwei Jahren würde alles besser werden, kann sich sicher sein: In zwei Jahren ist es noch viel schlimmer.

Zu Recht laufen Bürgerinnen und Bürger sowie Verbände Sturm: Es gibt empörte Reaktionen aus vielen Bildungsverbänden, es gibt Schülerdemos, Streikaufrufe, Resolutionen von Bürgermeistern für den Erhalt der Vollen Halbtagsgrundschule und auch kommunale Spitzenverbände verlangen Nachbesserungen. Die SPD-Fraktion unterstützt die Proteste gegen die geplanten Reformen - und legt gleichzeitig zukunftsgerichtete Vorschläge auf den Tisch. Mit unserer Kampagne zur Bildungspolitik „Eintrittskarte Zukunft“ machen wir unser umfassendes Bildungskonzept den Bürgerinnen und Bürgern verständlich.

*Die berufliche Perspektive
der jungen Menschen in
Niedersachsen wird sogar
noch verschlechtert!*

Konjunkturpaket II kommt in Niedersachsen an

Das von der Bundesregierung ausgearbeitete Konjunkturpaket II sieht für Niedersachsen ein Maßnahmenpaket in der Größenordnung von 1,227 Milliarden Euro vor. Mit diesem Geld müssen nun die richtigen nachfragewirksamen Impulse für die Wirtschaft gesetzt werden.

Das übergeordnete Ziel des Konjunkturpakets ist es, die Folgen der Konjunkturkrise für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt abzuschwächen. Vor allem die Kommunen sind als Adressaten der hauptsächlich vom Bund zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel vorgesehen. Aber rund 71 Millionen Euro hat das Land für sich zurückbehalten, die unserer Meinung nach nicht von ihr nach Gutsherrenart zu verteilen ist. Um sicherzustellen, dass dieses Geld nachhaltig eingesetzt wird, verlangen wir als SPD-Fraktion eine Beteiligung des Parlaments bei der Vergabe der Mittel.

**71 Millionen Euro verbleiben
beim Land Niedersachsen**

Die Landesregierung erweckt nun den Eindruck, mit den Investitionsmitteln aus Berlin würden Zukunftsmaßnahmen vorgezogen. Faktisch jedoch holt sie einen Teil des Notwendigen nach, das sie in der Vergangenheit versäumt hat, zum Beispiel beim Sanierungsbedarf an Hochschulen und bei der Investition im Bereich der Krankenhäuser.

Wir sind außerdem der Meinung, dass auch das Land in der Pflicht ist, seinen eigenen Beitrag zu leisten um Impulse zu setzen. So sollte Niedersachsen endlich nachmachen, was

der Bund längst tut: Nämlich seine eigene Infrastruktur in Stand halten und ausbauen. Denn wer den schlechten Zustand von Niedersachsens Landstraßen kennt, weiß, dass das Land seiner Pflicht nur schleppend nachkommt.

Nur eine Gesamtschule für den Landkreis Harburg?

Ginge es nach den Eltern im Landkreis Harburg, so müssten insgesamt drei neue Gesamtschulen errichtet werden. Das ist das klare Ergebnis einer Elternbefragung, welches uns erneut zeigt: Der Wunsch nach einem integrierten System, in dem stärkere und schwächere Schülerinnen und Schüler miteinander und voneinander lernen können, ist nach wie vor riesig!

Aller Elternquoren zum Trotz, hat sich die CDU/FDP-Mehrheit im Kreistag nur zu einem Gesamtschulstandort durchringen können. Neben Jesteburg und Buchholz hat sich auch Winsen als Standort angeboten. Die Kreisstadt Winsen soll aber nach Beschluss der Mehrheitsfraktion im Kreistag jedoch aus dem Rennen sein. Trotzdem wird dort weiter für eine IGS gekämpft. Auch Jesteburg kämpft um eine Gesamtschule, weil es dort an weiterführenden Schulen fehlt.

Aus meiner Sicht ist es nicht vertretbar, die lokalen IGS-Initiativen in einem Wettstreit gegeneinander antreten zu lassen. Es sollte vielmehr der Forderung der Eltern nach drei Gesamtschulen entsprochen werden. Denn wer den „Run“ auf die bestehenden Gesamtschulen in Niedersachsen die letzten Jahre beobachtet hat, weiß, dass die Gesamtschule die Schule der Zukunft ist. Eltern sollten daher m.E. auch die Möglichkeit erhalten, ihre Kinder in dieser Schulform an diesen drei Standorten beschulen zu lassen.

Um die Eltern in ihrem Kampf um drei Gesamtschulen im Landkreis Harburg zu unterstützen, bin ich kürzlich der Initiative „Eine Schule für Alle im Landkreis Harburg“ e.V. beigetreten.

Wichtige Wahltermine 2009

- 23. Mai 2009 - Wahl der Bundespräsidentin/des Bundespräsidenten durch die BV
- 7. Juni 2009 - Europawahl
- 27. September 2009 - Bundestagswahl

Niedersachsen fehlt der Lehrernachwuchs

Die bevorstehende Pensionierungswelle in den Niedersächsischen Lehrerkollegien ist seit Jahren bekannt und auch in Zahlen zu benennen: An den allgemeinbildenden Schulen sind rund 33,7 % der Lehrkräfte älter als 55 Jahre. Es ist also klar: Wer den drohenden Lehrermangel abwenden will, muss heute schon handeln!

Leider lässt die CDU/FDP-Landesregierung bislang jedes ernsthafte Engagement vermissen, endlich gegenzusteuern. Die SPD-Fraktion hat bereits Mitte 2008 in einem Antrag darauf hingewiesen, dass die Zugänge zur Lehramtsausbildung ausgebaut und zukunftsfähig gestaltet werden müssen. 2007 hat nur etwas mehr als ein Drittel der Bewerberinnen und Bewerber einen Ausbildungsplatz in den niedersächsischen Studienseminaren bekommen. Es sind also die geringen Ausbildungskapazitäten beim Vorbereitungsdienst der Grund dafür, dass viele junge Menschen in andere Bundesländer abwandern. So verliert Niedersachsen seinen dringend benötigten Lehrernachwuchs!

Unser Antrag sieht vor, den zu erwartenden Mangel an ca. 23 000 Lehrkräften mit einem Maßnahmenkatalog auszugleichen. Zunächst fordern wir, dass die Studienseminare in Niedersachsen personell und strukturell so aufgestockt werden, dass 2000 zusätzliche Referendariatsplätze geschaffen werden. Um besonders den ländlichen Raum zu stärken, der jetzt schon am stärksten unter dem Lehrermangel leidet, sind Studienseminare in den Regionen zu eröffnen. So können Referendare von Anfang an in diesen Regionen verankert werden. Da einige Unterrichts-

cher bereits jetzt schon zu den sogenannten ‚Mangelfächern‘ zählen, in denen Lehrerinnen und Lehrer in den Schulen fehlen, müssen in diesen Fächern die Einschränkungen der Aufnahmekapazitäten in den Studienseminaren durch Notendurchschnitte sofort aufgehoben werden. Auch das Studium dieser Mangelfächer im Lehramtsbereich muss attraktiver gestaltet werden! Gerade hier zeigt sich,

in welchem Teufelskreislauf wir bereits gefangen sind: An den Schulen fehlt es heute an Lehrerstellen um kleinere naturwissenschaftliche Kurse einzurichten. Dadurch kommen manche dieser Kurse gar nicht erst zu Stande und die Schülerinnen und Schüler fühlen sich folglich

auch nicht befähigt, ein naturwissenschaftliches Studium zu beginnen. Daher fehlt es weiterhin an Lehrerinnen und Lehrern, die Physik oder Chemie unterrichten können.

Häufig wird argumentiert, es sei auf Grund des Mangels an Fachseminarleitungen nicht möglich, noch mehr junge Menschen für das Studienseminar zuzulassen. Daher ist es dringend geboten, die Tätigkeit der Seminarleiterinnen und Seminarleiter aufzuwerten um so die erforderliche Zahl zu erreichen - dazu zählen zum Beispiel Beförderungsangebote.

Nur wer eine Kraftanstrengung dieses Ausmaßes unternimmt und das Problem von allen Seiten anpackt - von der Attraktivität eines Studienfaches über ausreichende Ausbildungskapazitäten hin zu gerechter Entlohnung für Fachseminarleiter, wird den bevorstehenden Lehrernotstand aufhalten können!

*Es braucht ein Notprogramm
um endlich den benötigten
Lehrernachwuchs
auszubilden*

SPD für Asse-Untersuchungsausschuss

Da bei der versuchten Aufklärung um den Skandal um das Atommülllager Asse II vieles im Unklaren blieb, setzt sich nun auch die SPD-Fraktion mit den anderen Oppositionsparteien für einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss ein.

Die SPD-Fraktion hatte den Verantwortlichen im Skandal um den Austritt von radioaktiver Lauge viel Zeit gegeben um alle Informationen auf den Tisch zu legen. Aber es ist weiterhin unklar, worüber das zu-

ständige Landesbergamt und das Umweltministerium (Aufsichtsbehörde für das Landesbergamt) tatsächlich informiert waren. Vor allem für die Menschen vor Ort muss endlich geklärt werden, welchem Risiko sie ausgesetzt sind und wer dafür die Verantwortung trägt. Für die SPD-Fraktion geht es dabei um weit mehr als Asse II - uns geht es generell darum, immer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass für die Endlagerung von Atommüll weltweit noch keine geeigneten Lösungen existieren.

Mehr Infos auf www.brigitte-somfleth.de

Sparen bei den Kleinsten: Volle Halbtagsgrundschule ist der Landesregierung zu teuer

Wer in der Bildungspolitik ein Loch nur dadurch stopfen kann, indem er ein neues aufreißt, hat die Bedeutung von guter Bildung für Kinder und Jugendliche nicht verstanden. So geht es Kultusministerin Heister-Neumann. Um dem Lehrermangel an Grundschulen zu begegnen, soll die Volle Halbtagsgrundschule (VHGS) abgeschafft werden. Damit wird ein weiteres früheres Versprechen von Ministerpräsident Wulff gebrochen.

Im Landkreis Harburg wären sieben Grundschulen von der Abschaffung der VHGS betroffen, in denen die Grundschüler und Grundschülerinnen bislang mindestens fünf Zeitstunden von ihren Lehrerinnen und Lehrern optimal betreut werden. Qualifiziertes Lehrpersonal ist der CDU/FDP-Landesregierung jedoch wieder einmal zu teuer. Deshalb sollen aus den Vol-

len Halbtagsgrundschulen nur noch Verlässliche Grundschulen werden. Dort können die Kinder statt durch studierte Lehrerinnen und Lehrer auch von MitarbeiterInnen betreut werden, die weit weniger pädagogisch ausgebildet worden sind. Dass dies zu Lasten der bestmöglichen Ausbildung für die Kinder in unseren Gemeinden geht, liegt auf der Hand!

Ich unterstütze ausdrücklich den Protest gegen die geplante Abschaffung

Daher hat die Ankündigung durch Kultusministerin Heister-Neumann bereits viele Eltern, Lehrer und Schüler auf die Straße getrieben. Ich unterstütze ausdrücklich den Protest gegen die geplante Abschaffung einer Schulform, die sich seit Jahren be-

währt hat. Am qualifizierten Personal in Grundschulen zu sparen, ist bildungspolitisch eine Katastrophe und wird fatale Folgen nicht nur für die Grundschulen sondern auch für andere Bildungseinrichtungen haben.

Europa in der Schule

Den europäischen Gedanken in die Schulen tragen - das war das erklärte Ziel des EU-Projekttag am 9. März 2009. Wie auch rund die Hälfte meiner Fraktionskollegen besuchte ich anlässlich des EU-Projekttag eine Schule um dort mit Schülerinnen und Schülern über Europa zu diskutieren. Angesichts der bevorstehenden Europawahl am 7. Juni ein wichtiger Bildungsauftrag!

Mit rund 200 interessierten und lebendig diskutierenden Jugendlichen war die Veranstaltung am Gymnasium Neu Wulmstorf ein voller Erfolg. In der Diskussion stellte sich heraus, dass rund die Hälfte der anwesenden 11. und 12. Klässler in diesem Jahr überhaupt zum ersten Mal an die Wahlurne gehen darf um die Mitglieder für das Europäische Parlament zu wählen. Wie viel Europa für die Jugendliche bedeuten kann - vom Zivildienst im Ausland bis zur Stimmabgabe bei der Europaparlamentwahl - stellte die Studentin und Mitarbeiterin von „Europe Direct Lüneburg“ Tanja Bimczok in einem Eingangsreferat vor.

In der Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern standen neben mir auch Anneliese Scheppelmann (Kreistagsabgeordnete und Gemeinderatsmitglied Neu Wulmstorf) und Anja Penk vom Europabüro Lüneburg den Jugendlichen Rede und Antwort.



Engagiert für die Europäische Union: Anneliese Scheppelmann, Anja Penk und Brigitte Somfleth (v.l.n.r.).

Engagiert diskutierten die Schülerinnen und Schüler darüber, wie unter Jugendlichen die Bedeutung der bevorstehenden Europawahl besser herausgestellt werden kann. So sprachen sich die Schülerinnen und Schüler auch dafür aus, auch in Web-Communities wie „Schüler-VZ“ für die Wahl zu werben.

Lebhafte Diskussion zur Veränderten (flexiblen) Eingangsstufe

Bildung für die Kleinsten – ein Thema, das am 10. März in Maschen auf großes Interesse gestoßen ist. Fachreferentinnen aus den Bereichen Schule, Kindergarten, Landes-schulbehörde und Ärztlicher Dienst des Landkreises Harburg informierten über die Veränderte (flexible) Eingangsstufe an Grundschulen und trafen auf ein engagiertes Publikum.

Mit rund 50 Besucherinnen und Besuchern war die von der Seevetaler SPD organisierte und von mir moderierte Expertenrunde, die im Rahmen der Kampagne „Eintrittskarte Zukunft“ der Landes-SPD stattfand, ein großer Erfolg. Die Tatsache, dass die Grundschule Fleestedt zum Schuljahresbeginn 2009/2010 die ‚Veränderte Eingangsstufe‘ einführen will, hat Neugierde und aber auch besorgte Fragen ausgelöst.

In ihrem Eingangsreferat warb meine Kollegin Sigrid Rakow, ehemalige Leiterin der Modellschule Edewechedamm und jetzige Landtagsabgeordnete, für das Modell, in dem die ersten beiden Klassenstufen je nach persönlichem Lerntempo eines Kindes in einem, zwei oder drei Jahren absolviert werden können. Ilka Köhlbrandt, Konrektorin der Grundschule Fleestedt, betonte, dass die üblichen zwei Jahre die Regel bleiben werden und der Gewinn vor allem darin liegt, dass Kinder unterschiedlicher Altersgruppen und Lernvoraussetzungen voneinander profitieren werden. Denn die Schwächeren können bei den Stärkeren Hilfe suchen und die Stärkeren können ihre Kompetenzen noch einmal unter Beweis stellen.

Während der anschließenden lebhaften Diskussion, an der Vertreter der Seevetaler Schulen und Kindergärten, interessierte Eltern sowie Mitglieder des Rats teilnahmen, standen die Expertinnen Rede und



Das Dorfhaus in Maschen war gut besucht (links). Als drei der sechs Teilnehmerinnen auf dem Podium standen den vielen Interessierten Rede und Antwort: Brigitte Somfleth MdL, Sigrid Rakow MdL und Ilka Köhlbrandt (Konrektorin der Grundschule Fleestedt)

Antwort. Eine Schulleiterin äußerte die grundsätzliche Sorge, ob die personelle und räumliche Ausstattung des Projekts auch in Zukunft gewährleistet sein würde. Dagmar Hilmer von der Landesschulbehörde (Außenstelle Winsen) ermutigte die anwesenden Vertreter der Grundschulen. Denn wenn ein Kollegium einmal Kraft und Anstrengung in die Erarbeitung der Individualisierung des Unterrichts in der Veränderten Eingangsstufe gesteckt hat, dann wird es bereits in den Folgejahren die Früchte ernten können.

Ich hoffe, dass mit dieser Veranstaltung die Diskussion um die Veränderte Eingangsstufe auch an anderen Grundschulen begonnen wird!

Zu wenig Studienanfänger in Niedersachsen

In Niedersachsen beginnen zu wenige Menschen ein Studium. Die vom Bundesamt für Statistik veröffentlichten Zahlen zeigen: Niedersachsen lag 2008 mit einer Studienanfängerquote von 30,3% unter dem Bundesdurchschnitt mit 39,3%.

Die rückwärtsgerichtete Hochschulpolitik der CDU/FDP-Landesregierung verhindert, dass sich der bundesweite Trend, dass sich wieder mehr junge Menschen für ein Studium entscheiden, auch in Niedersachsen abzeichnet. Denn während bundesweit die bisherige Höchstmarke an Studienanfängern und Studienanfängerinnen von 2003 erstmals wieder erreicht und so-

gar noch um 2,4 Prozent übertroffen wurde, gelten für Niedersachsen ganz andere Zahlen: Im Vergleich zu 2003 haben sich 10% weniger Studierende eingeschrieben. Zwar hat es auch in Niedersachsen im Vergleich zum Vorjahr einen Anstieg um 4,3 Prozent gegeben. Bundesweit betrug die Steigerung jedoch 6,9 Prozent. Es ist erschreckend, dass der Landesregierung außer den kontraproduktiven und unsozialen Studiengebühren bislang nichts eingefallen ist um die Situation in Niedersachsen zu verbessern. So kann Niedersachsen allein auf Hilfe von außen hoffen: Immerhin haben sich Bund und Länder auf die Fortführung des Hochschulpaktes geeinigt.

Härtefallkommission muss handlungsfähig werden

In einem gemeinsamen Antrag haben SPD, Grüne und DIE LINKE gefordert, die bestehende Fassung der Härtefallkommissionsverordnung zu ändern.

Das Innenministerium blockiert notwendige Entscheidungen

Als wichtiges Gremium eines Bundeslandes können Härtefallkommissionen aus humanitären Gründen abgelehnten und nicht geduldeten Asylbewerbern die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis ermöglichen. Doch

zur Zeit ist die Härtefallkommission in Niedersachsen nicht handlungsfähig, da viele notwendigen Entscheidungen vom Innenministerium blockiert oder verzögert werden. Daher braucht es dringend einen neuen Beschluss über Handlungsspielräume, Anzahl der Mitglieder und Abstimmungsregeln, damit die Härtefallkommission ihrem Auftrag gerecht werden kann.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Die SPD-Fraktion hat den „Equal Pay Day“, den Tag der Entgeltgleichheit für Frauen und Männer, am 20. März 2009 unterstützt.

Es ist zwar traurig, dass dieser Tag überhaupt erst ins Leben gerufen werden musste, doch es hilft nichts, den Tatsachen nicht ins Auge zu sehen. Der Tag ist nun einmal Beleg für die absolut nicht nachvollziehbare

Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft, dass Frauen schlechter bezahlt werden als Männer. Nach wie vor erhalten Frauen für die gleiche Arbeit weniger Entgelt als ihre männlichen Kollegen. Die SPD-Fraktion fordert, diese Ungerechtigkeit endlich zu beseitigen. Hier sind vor allem die Unternehmen, aber auch der Staat in der Pflicht, die finanzielle Benachteiligung endlich zu beenden.

SPD-Fraktion fordert Enquetekommission

Die SPD-Fraktion fordert von der Landesregierung die Einsetzung einer Enquetekommission um durch leistungsfähigere Kommunen mit bürgernahe Verwaltung ein zukunftsfähiges Niedersachsen zu gestalten.

Die einzurichtende Kommission soll konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten, die Verwaltungsstrukturen in Niedersachsen effizienter zu gestalten. Seit CDU und FDP stark in den Kommunalen Finanzausgleich eingegriffen haben, wissen einige strukturschwache Kommunen nicht mehr, wie sie ihre Aufgaben erfüllen sollen -

zumal sie zu einem großen Teil auch Landesaufgaben wahrnehmen müssen. Daher soll eine Enquetekommission klären, welche Aufgaben in den Zuständigkeitsbereich von Kommunen und welche in die des Landes fallen.

Vor allem die bevorstehenden demographischen Veränderungen werden gravierende Auswirkungen auf die Organisation unseres Gemeinwesens haben. Wer nur begrenzte Mittel zur Verfügung gestellt bekommt, muss diese in Zukunft effizient nutzen können.

Ganztagschule, aber richtig!

Ein weiteres zentrales bildungspolitisches Thema für uns ist die Errichtung von Ganztagschulen. Im Rahmen unserer Kampagne „Eintrittskarte Zukunft“ fand hierzu am 15. April in Nenndorf eine Diskussionsveranstaltung statt.

Rund 20 engagierte Eltern, Mitglieder des Kollegiums der Grundschule Westerhof und Mitglieder des Rates diskutierten über die Gesamtsituation in Niedersachsen im Hinblick auf die Ganztagschule und den konkreten Fall der Grundschule Westerhof, deren Antrag auf Einrichtung eines Ganztagschulangebotes abgelehnt worden war. Alle Expertinnen auf dem Podium waren sich einig: Ein wirkliches Ganztagschulangebot bedeutet nicht „Aufbewahrung“, sondern ein umfassendes pädagogisches Angebot. Während der Diskussion wurden Protestformen diskutiert, dazu zählen eine Petition an den Landtag, die Teilnahme an Protestveranstaltungen zur Bildungspolitik und ein Anschreiben an den Verteiler der Regierungsfaktionen. Mit Hilfe einer Anfrage an die Landesschulbehörde hoffe ich Informationen zu erhalten über Bewilligungen bzw. Ablehnungen von Ganztagschulanträgen im



Auf dem Podium (v.l.n.r.): Regina Lutz, Brigitte Somfleth MdL, Dörthe Weddige-Degenhard MdL und Brigitte Laurinat

ehemaligen Regierungsbezirk Lüneburg. Aus der Antwort erhoffen wir uns Anregungen für unseren weiteren Kampf für mehr Ganztagschulangebote im Grundschulbereich.

Fahrt nach Hannover

Wie auch in den vergangenen Jahren lade ich wieder interessierte Mitglieder der SPD-Ortsvereine - in diesem Jahr auch besonders die Mitglieder in meinem Betreuungswahlkreis Elbmarsch, Stelle und Winsen - herzlich ein zu einem

Besuch im Niedersächsischen Landtag

am 16. Juni 2009



Zu dem Informationsbesuch gehören:

- Filmvorführung über die Arbeit des Landtages
- Besuch einer Plenardebatte
- Diskussion mit Abgeordneten
- Besuch einer Sehenswürdigkeit in Hannover

Der Unkostenbeitrag beträgt 8 Euro.

Anmeldungen sind über mein Wahlkreisbüro möglich.